



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/282 - 5.12.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 3 76 54-59
Fernschreiber 039 890

FDGB versagte "ideologisch"	S. 1
Zum London-Besuch Adenauers	S. 3
Volksdeutsche ohne Staatsbürgerschaft	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 7

Die Kartenaufgedeckt

E.Z. Der Machtapparat der SED ist von den breiten Arbeitermassen erneut dazu gezwungen worden, Farbe zu bekennen. Der Widerstand der Werktätigen gegen die Auswirkungen des Kollektivvertrages, der vom Arbeit-langsam-Streik bis zur kurzfristigen Arbeitsniederlegung geht, hat jetzt das Politbüro des Zentralkomitees der SED zu dem Beschluss gezwungen, angesichts des völligen Versagens der Gewerkschaftsleitungen gegenüber den renitenten Werktätigen praktisch die Gewerkschaftsarbeit selbst zu übernehmen.

Vor wenigen Tagen wurde der Beschluss des Politbüros veröffentlicht, in dem es heisst, die leitenden Organe der Partei bis zu den lokalen Einheiten herab hätten der Gewerkschaftsorganisation "kameradschaftliche Hilfe zu leisten, damit sie ihre Aufgaben erfüllen könnte". Und Walter Ulbricht, der Generalsekretär der SED, hat auf einer eilig einberufenen Sondersitzung des FDGB-Bundesvorstandes diese "kameradschaftliche Hilfe" eindeutig dahin kommandiert, die künftige Gewerkschaftsarbeit müsste von den Erfahrungen ausgehen, die bei dem Abschluss des Kollektivvertrages gemacht worden seien.

Diese Erfahrungen bestehen darin, dass sich die Arbeiter-

schaft, die bisher den Sinn der Gewerkschaftsarbeit traditionsgemäss in der Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen gesehen hat, bis zum letzten gegen eine "Gewerkschaftsorganisation" wandte, die ihre Aufgabe allein darin erblickte, im Auftrag der SED und der dahinter stehenden Sowjets durch eine weitere Senkung der Löhne bei gleichzeitigem Druck zur vermehrten Arbeitsleistung trotz des völligen Rohstoffmangels die Produktion zu steigern und die Selbstkosten zu vermindern.

Da selbst viele Gewerkschaftsfunktionäre, vor allem in den volkseigenen Betrieben und in den unteren Einheiten, den Widerstand der Arbeiterschaft gegen das neue Ausbeutungssystem duldeten oder sogar unterstützten, musste das Politbüro der SED auf Anweisung der Sowjets eingreifen, die ja allein den Nutzen aus der gesteigerten Produktion der Sowjetzonenindustrie ziehen. Das Versagen der Gewerkschaften im sowjetischen Sinn hat die Übernahme der Gewerkschaftsarbeit durch die SED notwendig gemacht, was nichts anderes als eine weitere Verstärkung des Terrors gegen die Arbeiterschaft bedeuten kann. Damit verbunden wird die grosse Säuberung der FDGB-Organisation sein. Als Vorwand wird, das geht aus dem Politbürobeschluss hervor, der Vorwurf dienen, dass sich bei dem Abschluss der Kollektivverträge und im Anschluss an deren Auswirkungen die völlig ungenügende Arbeit der ideologischen FDGB-Arbeit im Sinne des Marxismus-Leninismus gezeigt habe.

Durch die de facto-Verschmelzung von SED und FDGB ist ein neues Terrorinstrument gegen die widerspenstige Arbeiterschaft geschaffen worden. Ob es den durchschlagenden Erfolg haben wird, den man sich in Pankow und Karlshorst davon verspricht, ist eine andere Frage. Dass diese neueste Entwicklung in der Sowjetzone zu einem Zeitpunkt eingetreten ist, in dem die kommunistische Regierung der DDR den Westdeutschen immer wieder durch ihre "Propaganda für gesamtdeutsche Beratungen über eine freie, demokratische Wahl" die Ehrlichkeit ihres demokratischen Willens beweisen will, sollte allen Bewohnern der Bundesrepublik eine eindeutige Warnung sein.

Adenauers Londoner Mission

(Von unserem ständigen Mitarbeiter in London)

B.C. - Im Kleinen Ballraum des Claridge, des vornehmsten Hotels im Londoner West-End, ist zum ersten Mal seit 1939 die deutsche Kolonie in London versammelt, um den Bundeskanzler zu bewillkommen. Etwa 160 Herren und 35 Damen nehmen Cocktails und Gabelbissen, während sie den Kanzler erwarten, der auf sich warten lässt. Endlich erscheint Dr. Adenauer. Müde und abgespannt sieht er aus. Die Ferienbräune vom Bürgerstock ist verblichen und einer fahlen Blässe gewichen. Der knorrige, sympathische Geschäftsträger in London, der alte Schlange-Schönigen, führt den Bundeskanzler mit einigen Worten ein. Und dann spricht Adenauer selbst, mit leiser Stimme, doch mit dem ihm eigenen, rheinischen Akzent, der im fremden Lande so heimisch und wohltuend wirkt.

Er dankt der britischen Regierung für die schöne Geste der Einladung zum Staatsbesuch, streift die hohe Ehre des am Freitag bevorstehenden Besuchs beim britischen König (seit der Zeit Bülow hat kein deutscher Kanzler Audienz im Buckingham Palace gehabt), und berichtet kurz über die Unterhaltung mit seinem Altersgenossen (vorgestern 77 geworden) Winston Churchill am Nachmittag. "Wir wollen in die Zukunft schauen", habe der britische Premier ihm gesagt, "und das Vergangene vergessen". Dann erklärt Adenauer, dass Grossbritannien, wenn es auch nicht an den Plänen einer europäischen Union teilnehmen könne, dennoch mit ihnen sympathisiere und ihnen jede nur mögliche Förderung angedeihen lassen werde. Damit kommt der Bundeskanzler auf den Kern seiner Mission zu sprechen.

Konrad Adenauer ist nicht nur als Vertreter der Deutschen Bundesrepublik nach London gekommen. Er kam vor allem auch als Abgesandter der Europabewegung, sozusagen als der personifizierte letzte Versuch der Exponenten des Schuman- und Plevenplanes, die neue britische Regierung von ihrer kühlen Haltung diesen beiden Einigungswerken gegenüber abzubringen und zur Teilnahme zu überreden. Oft hatte Churchill in Opposition die ablehnende Haltung der Labour-Regierung angegriffen und sich für ein einiges Europa eingesetzt. Doch jetzt, da er selbst an der Macht ist, muss er sich den Inter-

essen des ihm anvertrauten Landes beugen, und diese sind, trotz aller tönenden Worte, ebenso wenig mit einer Unterordnung unter die Forderungen des französischen Grosskapitals, des "Comité des Forges" zu vereinbaren, wie, letzten Endes, die Interessen auch des deutschen Volkes.

Dennoch wird Adenauers Mission nicht ohne Nutzen bleiben, wenn sie mit dazu beiträgt, die unnatürliche, von wilhelminischem Grössenwahn und hitlerischer Machtgier geschaffene Feindschaft zwischen den beiden einander so ähnlichen Völkern Englands und Deutschlands endlich zu beseitigen und die deutsche Freundschaft dort zu verankern, wo schon Bebel, Hermann Müller und Stresemann sie zu binden strebten: bei den demokratischen Nationen Westeuropas.

Im grossen und ganzen hat Dr. Adenauer in London bisher eine zwar nicht gerade überschwengliche, doch andererseits auch nicht unfreundliche Presse. Fast alle Blätter weisen darauf hin, dass dies der erste Besuch eines deutschen Kanzlers ist, seit im Jahre 1931 Brüning Ramsay MacDonald besuchte. Die "TIMES" nennt ihn "die Antithese des aggressiven Typs eines deutschen Staatsmannes" und warnt ihn, in der kurzen Zeit seines Aufenthalts in London zu viel erreichen zu wollen. Lord Rothermeres "EVENING NEWS" schreibt, der Besuch sei ein "geschichtlich wichtiges Ereignis". Der "DAILY MIRROR" betont, dass Adenauers Macht auf derselben Basis beruhe, wie vor ihm die Hitlers, nämlich den grossen Industriekapitänen von Rhein und Ruhr, ferner, dass er England nicht allzu gut gesinnt sei. Am freundlichsten von allen englischen Tageszeitungen ist die DAILY MAIL, die ihre fünfzigjährige stramm deutsch-feindliche Tradition bisher nur von 1933 bis 1939 unterbrochen hatte. Ihr ist der Bundeskanzler besonders sympathisch, weil er so zuverlässig anti-sozialistisch sei und sich in seiner wertvollen Arbeit weder von den Gewerkschaften noch von Dr. Schumacher Vorschriften machen lasse. Der "Manchester Guardian" erwähnt lobend "beachtliche aussenpolitische Erfolge" des Kanzlers, nennt aber sein Interesse an der Wiederherstellung der deutschen Einheit "begrenzt".

Volksdeutsche ohne Staatsbürgerschaft

(sp) Im Zusammenhang mit der beginnenden Ausgabe der neuen Personalausweise in der Bundesrepublik ist die Frage der Regelung der Staatsangehörigkeit der deutschen Vertriebenen aus den Gebieten, die vor 1938 ausserhalb der Grenzen des Deutschen Reiches lagen, besonders dringend geworden. Zwar ist im Artikel 116, Abs. 1 des Grundgesetzes festgelegt, dass die aus ihrer Heimat nach Deutschland vertriebenen Volksdeutschen den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind, doch ist damit die Verleihung der Staatsangehörigkeit noch nicht ausgesprochen. Das noch heute gültige Staatsbürgerschaftsgesetz vom Jahre 1913 sieht für jede Einbürgerung das Einzelverfahren vor.

Die Art, wie die Einbürgerung der Volksdeutschen durch das Dritte Reich seinerzeit erfolgte, macht nun die Rechtmässigkeit dieser Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an bestimmte Gruppen der Volksdeutschen im Hinblick auf das erwähnte Staatsbürgerschaftsgesetz und das internationale Recht strittig. Das betrifft insbesondere die Volksdeutschen aus dem sogenannten tschechischen Protektorat und den Gebieten Polens, die 1939 als Gau Wartheland und Westpreussen in das Dritte Reich eingegliedert wurden. Ihnen wurde die deutsche Staatsangehörigkeit kollektiv verliehen, während demgegenüber bei den Umsiedlern aus dem Baltikum, den südosteuropäischen Ländern usw. Einzelverfahren bei der Übernahme derselben aus den fremden Staatsgebieten durchgeführt wurden und damit den Bestimmungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes Genüge getan wurde. Es klingt wie Ironie, dass auch die Angehörigen der sogenannten Volksliste Nr. 4 aus Polen, also diejenigen, die nur noch lose Verbindungen zum deutschen Volkstum hatten und daher bei der Einbürgerung einem Einzelverfahren unterworfen wurden, jetzt ohne weiteres als deutsche Staatsangehörige anerkannt werden, während diejenigen, bei welchen keine Zweifel an ihrer deutschen Volksangehörigkeit bestanden, jetzt Schwierigkeiten haben.

Übrigens sind die Meinungen darüber, ob die kollektive Zuerkennung der Staatsangehörigkeit auch jetzt als verbindlich anerkannt werden soll oder nicht, bei den zuständigen Stellen geteilt. Die Frage soll demnächst vom Bundeskabinett beraten werden. Des weiteren ist im Bundesinnenministerium ein Staatsangehörigkeitsbereinigungsgesetz in Vorbereitung, das die Möglichkeit schaffen soll, den betroffenen Vertriebenenengruppen die Staatsangehörigkeit auf dem vereinfachten Wege zuzu-

erkennen.

Jedenfalls beweist dieses Problem aufs neue, wie sehr die Bundesregierung bei dringenden Fragen der Vertriebenenengruppen hinterherhinkt. Die Bereinigung der Staatszugehörigkeitsfrage der vertriebenen Volksdeutschen hätte bereits vor Beginn der Ausgabe der neuen Personenausweise durchgeführt sein müssen. Es wäre also nur darauf angekommen, dass sich die zuständigen Stellen der Bundesregierung mit dieser Frage überhaupt einmal ernstlich befasst hätten. Die verständliche Beunruhigung der betroffenen Vertriebenenengruppen wäre dann vermieden worden. Es ist daher notwendig, dass diese Frage schnellstens bereinigt und von den schon an und für sich so schwer geprüften volksdeutschen Vertriebenen, die doch für die Geschehnisse von 1933 bis 1945 am allerwenigsten verantwortlich sind, der Schwebezustand endlich behoben wird.

+ + +

Zu vier Fünftel positiv

seien die Verhandlungen des DGB mit ihm verlaufen, so behauptete der Bundeskanzler in London, als er von dem Beschluss des DGB, die Mitarbeit in den Kanzler-Ausschüssen einzustellen, hörte. Dieser Beschluss, meinte er weiter, sei ein Sieg der radikalen Strömung im DGB.

Der DGB verwahrte sich energisch gegen diese Feststellungen und zählte auf, worüber keine Einigung erzielt werden konnte: über die Zusammensetzung des Bundeswirtschaftsrates, über die regionalen Wirtschaftskammern, über die Mitbestimmung der Gross-Chemie und schliesslich über den ganzen wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung. Es gibt schlechterdings keinen weiteren Punkt von wesentlicher Bedeutung, an denen die Gewerkschaften gegenwärtig noch interessiert sein könnten.

Sollte die Behauptung des Bundeskanzlers dennoch nicht bewusste Unwahrheit sein, so bleibt nichts übrig, als anzunehmen, dass man sich in vier Fünfteln der Verhandlungszeit bei ihm über das Wetter und den Wechsel der Jahreszeiten unterhalten hat. Und diesen Eindruck hat man tatsächlich in der Öffentlichkeit und dem Bundesausschuss des DGB. Möglich, dass der Bundeskanzler auch mit der zweiten Feststellung dem Sieg der radikalen Strömung, nicht ganz unrecht hatte und man im DGB inzwischen auch über das Wetter anderer Ansicht ist. Vielleicht bläst dann ein frischer Wind einige längst antiquierte braune Blätter aus den Bonner Bäumen.

+ + +

Nachrichten aus der Sowjetzone

(SP) Das Amt für Informationen der Sowjetzonenregierung lehnt in einer Anweisung an alle nachgeordneten Dienststellen eine Zusammenarbeit mit der UNESCO ab, da durch sie nicht die Möglichkeit besteht "durch Publikationen und Berichte für die DDR zu werben".

+

Als immer grösserer Engpass macht sich in der Landwirtschaft der Sowjetzone das Fehlen hochwertiger Düngemittel bemerkbar. Auch Kali ist nur beschränkt lieferbar. Der VdgB verweist die Bauern auf Kainit, das jedoch von ihnen als minderwertiges Ersatzmittel abgelehnt wird.

+

Im volkseigenen Feinstrumpfwerk ESDA in Auerbach im Vogtland kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und der Betriebsgewerkschaftsleitung, als diese eine Geldsammlung für die streikende Metallarbeiter in der Bundesrepublik veranstalten wollte. Die Arbeiter äusserten ihren Unwillen, indem sie die Lage der Arbeiter in der Sowjetzone und der Bundesrepublik miteinander verglichen. Der Arbeiter G r a n z o w wurde fristlos entlassen, weil er gesagt hatte: "Im Westen lebt ja ein Arbeitsloser besser als in der DDR ein Facharbeiter".

+

Ein neues Objekt der Wismut A.G. wird in Teichwolframsdorf im Kreise Greiz-Thüringen errichtet, da in diesem Gebiet weitere Uranvorkommen vermutet werden. Mehrere Hundert Arbeiter und Techniker sind zur Errichtung der technischen Anlagen eingesetzt. Verwaltungssitz des neuen Objekts ist die kleine Gemeinde Teichwolframsdorf, die innerhalb kürzester Frist 120 Wohnungen für Ingenieure und leitendes Personal freimachen muss, obwohl die im Kreise Greiz herrschende Wohnungsnot eine noch stärkere Belegung der Wohnungen kaum zulässt. Der Bürgermeister wurde angewiesen, Zwangsräumungen vorzunehmen.

+

In der Sowjet A.G. Gerätebau in Schönebeck-Elbe wurde eine neue Schleifmaschine aufgestellt, die aus Westdeutschland geliefert wurde. Der Name des Herstellers musste sofort entfernt werden. Die Arbeiter nehmen daher an, dass diese Maschine auf illegalem Wege beschafft worden ist. Herstellerfirma ist das Matra-Werk in Frankfurt-Main.

+

Von den Anfang dieses Jahres zu Piecks Geburtstag in Jena verhafteten Oberschülern, die durch sowjetzonale Gerichte wegen "Verächtlichmachung der DDR" verurteilt worden sind, weil sie in einer Veranstaltung anlässlich des Geburtstages des Sowjetpräsidenten Stinkbomben geworfen hatten, haben jetzt neun erstmalig aus dem Lager Bautzen geschrieben. Sie teilten mit, dass sie von den sowjetischen Militärtribunalen zu hohen Freiheitsstrafen, meist zu 25 Jahren verurteilt wurden. Die sowjetzonale Justiz hatte sie dem sowjetischen MWD ausgeliefert.

Verantwortlich: Peter Raunau